



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wir wissen aus der Geschichte, welche tiefgehende Wirkung Kants Lehre in den Freiheitskriegen hatte. Auch jetzt kann sie für uns von großer Bedeutung werden. Sie zeigt dem deutschen Volke, daß es nicht zu zweifeln braucht, gibt ihm vielmehr die tröstliche Gewißheit einer besseren Zukunft, wenn es sich deren würdig erweist, jeden Einzelnen aber bestärkt sie in der Ueberzeugung von dem inneren Wert des Menschen, und zeigt ihm, wie er durch Festigkeit des Willens sich auch über die schlimmsten Uebel erheben kann. Es wäre wünschenswert, wenn sich unsere leitenden Politiker etwas mehr mit Kant beschäftigten, weil sie dann den Feinden würdiger entgegentreten würden als dies vielfach geschehen ist. Kants Schriften sind allerdings nicht leicht zu lesen, aber neuere Philosophen wie Runo Fischer, Friedrich Paulsen, Alois Rühl und andere haben seine Lehren so anschaulich dargestellt, daß sie für jeden Gebildeten verständlich sind.

Die neuen Beamtentitel im Reich und in Preußen.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 14 der „Grenzboten“ veröffentlichten Aufsatz von Kammergerichtsrat Dr. Sontag erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes gern entnehmen:

Der Verein deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter teilt nicht die von Kammergerichtsrat Dr. Sontag vertretene abfällige Auffassung von der in Preußen eingeführten Aenderung der früheren Amtsbezeichnungen „Gewerbe-Inspektor“ in „Gewerberat“. Denn die Aenderung war dringend notwendig, um die Stellung der älteren Gewerbeaufsichtsbeamten als Leiter der Aufsichtsämter zu heben und ihre amtlichen Befugnisse besser als bisher zum Ausdruck zu bringen. Die Aenderung ist von diesen Beamten seit Jahren erstrebt worden. Der Verein stellt ferner richtig, daß die in Betracht kommenden Gewerbeaufsichtsbeamten zu den höheren Verwaltungsbeamten rechnen.“

Weltspiegel.

21. Juni.

Die Konferenzen der Woche. Der Kampf zwischen Politik und Wirtschaft zieht sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen und Konferenzen des letzten Jahres. Schon von der Konferenz von Brüssel an zeigte sich der große Riß, der zwischen den Auffassungen der Politiker und der Wirtschaftler klappt. Und dieser Riß hat sich in Genua, in Paris, in London und in Haag noch immer erweitert. Die Sieger vor dem Weltgewissen sind die Bankiers geblieben, die in Paris ihre klare Entscheidung ausgesprochen haben, daß die Politik, will sie nicht die Welt in Vernichtung und Chaos hineintreiben, die Regeln und Grundsätze der Wirtschaft auf sich wirken lassen muß. Der Standpunkt der Politiker ist in Poincaré in seiner kräftigsten Form vertreten. Er verschanzt sich hinter Verträgen und treibt eine Politik der Illusion und der Macht, der alle diejenigen zustimmen, die

glauben, durch Machtgebote der Entwicklung der Welt vorgreifen zu können. Diese Geister stehen auf demselben Niveau, wie die Führer jeder Revolution. Sie ziehen nicht den ganzen Komplex der die Weltgeschichte bewegenden Fragen in Betracht und müssen sich daher notgedrungen an den machtvollen Faktoren Wirtschaft und Nationalwillen stoßen, die als Regulatoren ihre Ziele umstoßen.

Lloyd George, der auf dem dünnen Seil zwischen Politik und Wirtschaft zu balancieren versucht, hat in dieser Position natürlich keine große Durchschlagskraft. Sein Werk hat daher stets etwas Unsolides und wenig Sachgemäßes an sich. Neulich erklärte er im Unterhaus, kein englischer Minister sei Fachmann; es sei das Wesen der hervorragenden englischen Politiker, daß sie Amateure wären. Aber das Werk von Amateuren an der Spitze der Weltpolitik ist mit großen Gefahren verknüpft. Die Konferenz im Haag ist eins seiner Werke und trägt auch den Stempel des politischen Liebhabers an der Stirn. Der Gedanke der Ausschaltung jeder Politik erscheint absurd, wenn im selben Atemzuge der *Burgfriedensvertrag*, der eine rein politische Frage ist, bei der Konstituierung der Konferenz als eine der maßgebenden Ideen erscheint. Außerdem bindet dieser Pakt nur die Delegierten, die ihn unterzeichnet haben, nicht aber deren Regierungen, von denen bisher noch keine die Verpflichtung des östlichen Burgfriedens für sich als bindend anerkannt hat. So wirkt der Burgfriedensvertrag nicht als feste Basis, sondern nur als eine schöne Idee. Außerdem ist es unmöglich, bei allen Verhandlungen mit den Russen die Frage des Sowjetismus und der damit in Verbindung stehenden Enteignung auszuschalten. Das wird auch im Haag gar nicht versucht. Im Gegenteil, die Frage der Entschädigung für die ausländischen Besitzer in Rußland steht im Mittelpunkt der Debatte, also eine politische Angelegenheit, ein Kampf der kapitalistischen Mächte gegen das Wesen der Sowjets. Die Gegensätze der Regierungssysteme müssen aber bei den Wirtschaftsverhandlungen vollkommen ausgeschaltet werden. Es ist kaum denkbar, daß ein Staat mit Rußland zu einem Handelsvertrag kommt, ohne daß ein Strich unter alle früheren Verpflichtungen der Sowjets gemacht wird oder zum mindesten diese Verpflichtungen, um das Prestige zu wahren, nur rein akademisch anerkannt werden. Die jetzigen Verhandlungen im Haag sind noch nicht von großer Bedeutung. Die interessierten Staaten mit Ausnahme von Rußland werden sich erst darüber einig, welche Verhandlungsmethode bei den gemeinsamen Beratungen verfolgt werden sollen. Am 26. Juni beginnen dann die Beratungen, zu denen auch die russischen Delegierten hinzugezogen werden sollen. Frankreich und Belgien, die sich zunächst von dieser Konferenz drücken wollten, haben beschlossen, ihre Delegierten dort zu lassen. Auf jeden Fall ist dieser Entschluß aber nicht dazu angetan, die Arbeiten der Konferenz zu fördern, im Gegenteil, die starre Haltung dieser Delegierten wird eine Einigung nur erschweren.

Als Poincaré vor einigen Tagen in London war, versuchte er, den Zauber von Verdun und vom gemeinsamen Kampf um die Freiheit der Welt über London zu verbreiten, um so eine günstigere Atmosphäre für seine politischen Ziele zu schaffen. Die Annexion der Stadt Verdun durch die Stadt London, die bei dem Wiederaufbau der Festung die Patenschaft übernommen hat, gab ihm dazu eine gute Veranlassung. Die Kampfgemeinschaft der beiden Nationen sollte dem Gedanken der poli-

tischen Gemeinschaft für die Zukunft, dem Gedanken an einen französischen und englischen Pakt als vorteilhafter Hintergrund dienen. Von englischen Städten sind in der letzten Zeit verschiedentlich solche Patenstellen übernommen worden. Neben Verdun ist Arras, St. Albert, Peronne, Bapaume, Montdidier unter den Schutz englischer Städte gestellt worden, und in diesen Orten werden große, die Zeit überdauernde Gebäude errichtet, die immerwährend an die Entente erinnern sollen. Poincaré sprach über die Gräber der Gefallenen, die Friedhöfe, auf denen gemeinsam die Söhne Frankreichs und Englands schlafen, und alle Menschen, die ihm zuhörten, hatten Tränen in den Augen. Dieser sentimentale Poincaré erinnert aber zu sehr an ein Bild, das kürzlich in der „Humanité“ veröffentlicht wurde, und das weit besser den jeder Gefühlsduselei fernem Charakter des französischen Ministerpräsidenten wiedergibt. Zwischen den Gräbern der Gefallenen schreitet dort Poincaré mit seinen Begleitern, und über sein Gesicht geht ein höllisches Grinsen. Die „Humanité“ überschreibt die Photographie „Poincaré bei seinen Toten“ und fügt hinzu, wie es den Mörder stets wieder an den Ort seiner Tat zurückführt, so benutzt Poincaré jede freie Stunde, um zu den Gräbern der Gefallenen zu eilen, ohne die sein Triumph eine Unmöglichkeit gewesen wäre. Aber die Sentimentalität in den Dienst der Politik zu stellen, hat ihm in London nicht viel genützt. In der Unterredung zwischen den beiden Ministerpräsidenten wurde eigentlich nichts erreicht. Abgesehen von der kurzen Dauer der Besprechung sind auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England so zahlreich, daß sie nur nach schwerwiegenden und langen Unterhandlungen einigermaßen gelöst werden können. Das einzige Ergebnis bezog sich auf die Reparationen. Die Reparationskommission wurde beauftragt, eine neue Untersuchung über die deutschen Finanzen einzuleiten, um Mittel und Wege zu finden für eine Gesundung Deutschlands. Die damit verbundene Kontrolle kann aber zu keinem Vorteil für uns führen, im Gegenteil, wenn Deutschland keine Anleihe erhält, wird diese Tätigkeit des Garantiekomitees nur dazu führen, Gelegenheiten für ein neues Einschreiten der Entente und vielleicht zu neuen Sanktionen zu geben. Durch Steuern und innere Anleihen ist ein Ausgleichen des deutschen Budgets nicht möglich, solange die Milliardenforderungen der Entente und die Verschwendung der Besatzungstruppen und Kontrollkommissionen mehr als die Hälfte der deutschen Ausgaben ausmachen.

Wie ein drohender Schatten schreitet uns O e s t e r r e i c h in der Entwicklung der Finanzmisere voraus. Auch sein jetziger Versuch, seine Finanzen durch die Gründung einer Notenbank in Ordnung zu bringen, kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn diese Notenbank über genügend ausländisches Kapital verfügt. Aber auch dann sind noch genügend Gefahren vorhanden, denn Oesterreich in seiner jetzigen Form ist ein verkrüppeltes Staatswesen, das nie sich selbst erhalten kann ohne Zuschüsse vom Ausland. In Deutschland ist diese Verkrüppelung auch vorhanden; da die Ursache hierfür nur in den von uns zu leistenden Zahlungen an das Ausland liegt, wäre sie viel leichter zu beseitigen.

Im englischen Weltreich ist eine neue wesentliche Entwicklung vor sich gegangen. I r l a n d, das im Dezember des letzten Jahres durch die Verhandlung zwischen der englischen Regierung und den gemäßigten Nationalisten Collins und Griffith eine teilweise Selbständigkeit errungen

hatte, hat jetzt seine eigene Verfassung entworfen, die von der englischen Regierung genehmigt worden ist. Damit tritt Irland in dasselbe Verhältnis zu England, wie zum Beispiel Kanada. Die Regierung und das Heer müssen dem englischen König Treueid leisten, im übrigen aber kann die irische Regierung, die nach dem Ergebnis der jetzt stattfindenden Wahlen gebildet wird, ihre Finanzen und ihre Wirtschaft selbst ordnen.

S. B ü n n i g.

Bücherschau.

Geschichte.

Dr. Wilhelm Bauer, Einführung in das Studium der Geschichte. Tübingen 1921, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), geh. 96 M., geb. 114 M.

Als Leser und Bearbeiter des Buches ist in erster Linie der Student gedacht, der freilich infolge der Verarmung und Verengung unseres nationalen Betätigungsraumes sich in der augenblicklichen Zeit seltener dem Geschichtsstudium widmet, während dieses gerade viel mehr gepflegt werden sollte als früher. Dem Wiener Historiker eignet Beweglichkeit und Vielseitigkeit, ein großes Geschick im Anordnen weiter Stoffgruppen. Das Technische, Handwerksmäßige herrscht nicht allein in diesem Buch. Es beschränkt sich auch nicht auf die Dinge, welche zum herkömmlichen akademischen Betrieb des Geschichtsfaches gehören, zieht vielmehr die historischen Belange aller anderen Wissenschaften, wie auch die Geschichtsphilosophie herein. Sein Absehen ist überall ein praktisches; es zeichnet die Aufgaben, Methoden und Hilfsmittel geschichtlichen Denkens, Forschens und Schilderns auf. Und es ist ein praktisches Buch für den Anfänger wie für den Forscher, so daß es Aussicht hat, sich neben dem bisher allein herrschenden Bernheimischen Lehrbuch der historischen Methode zu verbreiten.

Alfred Feder, S. Z., Lehrbuch der historischen Methodik, zweite Auflage. Regensburg 1921, Josef Köfel u. Friedrich Pustet Komm.-Ges., geh. 24 M., geb. 39 M.

Ungefähr gleichzeitig mit W. Bauer, und unabhängig von ihm veröffentlicht der Valkenburger Jesuit Feder eine Historik, die im wesentlichen die Grundsätze der Quellenkritik behandelt. Der Anfänger im Geschichtsstudium findet auch hier gediegene Anweisung, obwohl man sich hüten sollte, solche methodischen Sammlungen von Gesichtspunkten zu überschätzen. Die Uebung an praktischen Beispielen im historischen Seminar wird stets die beste Schulung bleiben, und es wäre kein gutes Zeichen, wenn jetzt die Lehrbücher der geschichtlichen Methode im selben Maße zunehmen, wie die kritische Schärfe des akademischen Seminarbetriebs schon infolge der mangelhaften Vorbildung der Studenten tatsächlich nachläßt. Mit Bernheim, Bauer und Feder ist der Student nun fürs erste reichlich genug ausgestattet, und jedenfalls dürfte, was Reichhaltigkeit des Gebotenen betrifft, Bauer den Vorzug verdienen.

R. Journès, L'histoire militaire, Paris, Charles-Lavanzelle, 1922.

Der französische Generalstabler (Dr. phil.) bietet bei seiner Kritik und Verteidigung der Kriegsgeschichte dem deutschen Leser insbesondere eine Vergleichung der Leistungen hüben und drüben und manches, was auf praktische